

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

Solidarität in Arbeiterkämpfen

Vom Dezember 1926 bis Juni 1927 liefen circa 300 Tarifverträge ab, durch die vier Millionen Arbeiter und Angestellte betroffen wurden. Gegen Ende März liefen allein circa 170 Verträge ab, die 2 1/2 Millionen Arbeiter betrafen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in nächster Zeit die Arbeitskämpfe zunehmen und sich verbreitern werden.

In den letzten Jahren wurden noch immer nur ungenügende Bestrebungen gemacht, um auch die unter reformistischer Leitung stehenden Konsumvereine zu einer Unterstützung der Arbeiterkämpfe zu gewinnen. Oft hat der Glaube an die Größe der Arbeit gefehlt und deshalb ist erst gar nicht oder doch nur ungenügend versucht worden, den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der streikenden Arbeiter bei reformistischen Genossenschaftsbürokratie zu lassen und sie zu Angehörigen zu gewinnen. Wir fühlten nachstehend einige Ergebnisse von Streikunterstützungen an. — Die Unterstützung ist jedoch nicht vollständig:

Beim Gröbenberger Metallarbeiterstreik durch R.-B. „Vorwärts-Bewegung“ Narren-Glücksfeld nur an Mitglieder pro Woche Mann und Frau je ein Brot, jedes zweite Kind ein Brot und ein Pfund Butter für jede Familie.

Beim Hamburger Textilarbeiterstreik durch R.-B. „Produktion“ Hamburg nur an Mitglieder für Hamburger Betriebe 2000 Brote, für Wilhelmshagen 500 Brote sowie 900 Bunsen je einer für ein Pfund Butter, ein Pfund Speck, ein kilo Erbsen, ein kilo Reis, eine Dose Nudeln, ein Pfund Zucker, ein halbes Pfund Kaffee, ein kilo Mehl.

Beim Kölner Metallarbeiterstreik durch R.-B. „Hoffnung“ Köln nur an Mitglieder 2000 Brote, 1000 Pfund Margarine.

Beim Textilarbeiterstreik in Oelsitz durch R.-B. Plauen nur an Mitglieder 2000 Brote, eine Familie ohne Kinder je ein Brot, eine Familie mit Kindern zwei bis drei Brote die Woche. (Ein Antrag 500 Mark der R.P.D. zu überweisen, wurde abgelehnt). Durch R.-B. Schwarzberg durch Vermittlung der R.P.D. für alle Streikenden: 5000 Heringe, 100 kilo Kaffee und Tabak und Zigaretten.

Beim Textilarbeiterstreik in Oelsitz durch R.-B. Oelsitz nur an Mitglieder vier Wochen Brot und Fett.

Beim Mitteldeutschen Bergarbeiterstreik durch R.-B. Merseburg: Für zwei Köpfe ein Sechshund-Brot, für vier Köpfe zwei Sechshund-Brote, für sechs Köpfe drei Sechshund-Brote. Gleichzeitig an R.P.D. 1000 Brote und tausend Pfund Margarine zum Selbstkostenpreis geliefert.

Diese und die folgenden — wenn auch noch äußerst mangelhaften — Ergebnisse der Unterstützung von Arbeiterkämpfen durch die Konsumvereine, die auf Grund der Initiative der Opposition und der streikenden Arbeiter erreicht worden sind, finden man in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, dem Zentralorgan des J. d. R. nicht zusammengestellt. Es ist das durchaus verständlich, denn von diesen Seiten wird selbst eine solche mangelhafte Streikunterstützung nicht gewünscht. Gerade in letzter Zeit wendet sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ wieder gegen die Streikunterstützungen und schließt über die an der Moskauer Straße wohnenden deutschen Kommunisten, die wieder einmal die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe betreffen, um die Konsumvereine zu unterstützen zu verurteilen. Vor allem freut sich Herr Rask, daß beim mitteldeutschen Bergarbeiterstreik sich die Konsumvereine „korrekt verhalten haben“.

Bei den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ist es notwendig, nicht erst den Ausbruch der Streikbewegung abzuwarten, um die Unterstützungsmöglichkeiten der Arbeiterkonsumvereine auszunutzen, sondern schon vor dem Ausbruch der größeren Streikbewegungen die Aufgaben der Genossenschaften zu behandeln. Da die meisten Streiks jetzt noch von kurzer Dauer sind, gelang es nicht immer schnell genug, die Mobilisierung der Mitglieder für die Unterstützung der Kämpfe zu erreichen. Wenn deshalb schon vor dem Ausbruch der größeren Streikbewegungen in den Organen der Genossenschaften sowie in den Delegierten- und Gewerkschaftsversammlungen die Unterstützungsmöglichkeiten der Genossenschaften behandelt werden, wird es hinsichtlich noch mehr gelingen, den Druck auf die reformistische Bürokratie zu vergrößern und sie zu weitergehenden Unterstützungsmöglichkeiten zu zwingen.

Die letzten Streikunterstützungen wurden von den reformistisch geleiteten Konsumvereinen nur sehr unvollständig an ihre Mitglieder geteilt. Eine härtere Propaganda als bisher muß für die Ausdehnung der Unterstützung auf alle kämpfenden Arbeiter geleistet werden. Gerade der Beweis der proletarischen Klassenolidarität der Konsumvereine wird doch nicht den Genossenschaften anwachsenden Arbeitern die Augen öffnen und die Solidarität wird sich als ein gutes Werbemittel für die Gewinnung dieser Arbeiter zu Genossenschaftsmitgliedern erweisen. Bei einer Verhärzung der Arbeit in den Konsumgenossenschaften muß es gelingen, daß diese mehr als bisher in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ihre proletarische Solidaritätspflicht erfüllen.

ten, daß alle bisher gesammelten Erfahrungen und Beiträge, die die Kampfmethoden gegen die Konsumvereine betreffen, auch wirklich abgedruckt werden.“

Selbstverständlich wurde auch dieser Vorschlag der Opposition auf dem letzten Nummer darauf hingewiesen, wie die reformistischen Führer glauben, gegen die Konsumvereine mit geschicklichen Konkurrenzmitteln anzukommen und gegen die der Kampf gegen die Konsumvereine zu führen ist. In allen Konsumvereinen, in deren Nähe sich Konsumvereine befinden, müssen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder die Initiative für einen wirklichen Kampf gegen die Konsumvereine ergreifen. In den Verwaltungsorganen der Konsumvereine muß gefordert werden, daß gemeinsame Ausschüsse der Gewerkschaften, Betriebsräte und Genossenschaftler zum Kampf gegen die Konsumvereine eingesetzt werden.

Nach immer wird von den reformistischen Genossenschaftsführern nicht:

- gegen den Steuerraub der Bürgerblockregierung getan. Mobilisiert die proletarischen Genossenschaftsmitglieder zum Kampf
- gegen die Veranziehung der Genossenschaften zur Gewerkschaft
- für die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer
- gegen die Verbrauchsteuern und Lohnsteuern
- für die Herabsetzung der Klassensteuern und die härtere Belastung der Besitzenden.

Vertreterwahl in Essen

Für 30 Vertretungsstellen des Essener Bezirks des R.-B. „Eintracht“ fanden am 13. Dezember die Wahlen der Genossenschaftsleiter und Vertreter statt. In 14 Vertretungsstellen wurden die reformistischen Listen ohne Stimmabgabe gewählt; in elf von diesen waren die Listen der Opposition aus wichtigen Gründen für ungültig erklärt worden. Bei der Wahl in den 15 Vertretungsstellen erhielten die Listen der Opposition 148 Stimmen und 47 Vertreter, die Listen der R.P.D. 223 Stimmen und 113 Vertreter, einschließlich der Vertreter für die 14 Vertretungsstellen, in denen keine Stimmabgabe erfolgte. Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1924 hat die Opposition ihre Stimmzahl um 206 gesteigert; die Reformisten verloren 613 Stimmen.

N. Popow: „Die Konsumgenossenschaft in der Sowjetunion.“

In der 22seitigen Broschüre gibt der Verfasser ein anschauliches Bild über die Rolle der Genossenschaften in der Sowjetunion und den verschiedenen Epochen der proletarischen Revolution. Er behandelt den organisatorischen Aufbau, die wirtschaftliche und politische Bedeutung beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und über die Arbeit, die die Sowjetgenossenschaften zur Vereinzelnung der breiten Massen zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und in allgemeiner kultureller Hinsicht leisten. Jeder Genossenschaftsfunktionär, wie jeder, der sich über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Aufbau der sozialistischen Wirtschaft Sowjetrußlands unterrichten will, muß sich die Broschüre beschaffen. Dieselbe ist im Verlag für Literatur und Politik Berlin-Dien 1927 erschienen und in allen Arbeiterbuchhandlungen zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

„Mustergültige“ Arbeitsverhältnisse im Bochumer Konsumverein

Hamburger „Nationalisierung“-Methoden

Das „Rufe-Echo“ in Essen veröffentlichte am 21. Dezember 1927 ein Protokoll einer Delegiertenversammlung der im Konsumverein „Vollkraft“ Bochum beschäftigten Lager- und Transportarbeiter. Anlaß zu dieser Versammlung hat ein Betriebsauflösungsgebot gegeben, der darauf zurückzuführen ist, daß im Betriebe des Bochumer Konsumvereins — in dem der „große“ Friedrich Riedrich — die Arbeiter angewiesen werden, ohne Schutzvorrichtungen zu arbeiten und die Unfallverhütungsvorschriften nicht zu beachten. Nach dem erwähnten Protokoll hat der Leiter des Zentralorgans den Arbeitern Anweisung gegeben:

„mit dem Elevator zu fahren, damit sie möglichst schnell in die Stagen gelangen“.

„beim Absteigen vom Elevator die Schutzvorrichtungen zu heftigen, und mit den Händen in den Elevator hineinzufassen, damit der zu transportierende Gegenstand besser erfaßt werden kann“.

In der Versammlung wurde ferner festgestellt, daß auf Anweisung dieses Betriebsleiters der Zutritt zu über zehn Zentner überaus leicht ist. Beim Aufsteigen von Stagen hat dieser Mann den Arbeitern erklärt, daß jeder Arbeiter in der Lage sein muß, drei einzelne Zentnerstücke, gleich welchen Inhalts und Höhe, aufzuschichten. Jeden Einspruch der Beschäftigten hat dieser Leiter überhört — anders kann man diesen Schergen des „großen“ Friedrich nicht bezeichnen — damit abgehen, daß er zu bestimmen hat. Als derselbe bei seinen Anweisungen über das Aufsteigen der Stagen von einem Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß man sich dabei sehr leicht Verletzungen zuziehen könne, hat er geantwortet:

„Wenn du das nicht kannst und nicht machen willst, kannst du nicht in der Genossenschaft beschäftigt werden.“

Es genügt natürlich nicht, daß die Beschäftigten — wie sie es in diesem Fall taten — die Befolgung dieses Verfalls von ihrem Posten forderten. Bochum ist keine Einzelerscheinung. Die von den reformistischen Führern durchgeführte „Nationalisierung“ der Betriebe nach sozialistischen Methoden hat die Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaftsbetrieben ungenügend verschlechtert. Dadurch hat sich in den Genossenschaftsbetrieben ein System der schärfsten Ausbeutung herausgebildet, gegen das die proletarische Opposition bisher angekämpft hat. Die in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten müssen gemeinsam mit der Opposition gegen die reformistischen Führer und ihre „Nationalisierung“-Methoden kämpfen. Ohne eine proletarische Genossenschaftspolitik gibt es in den Genossenschaftsbetrieben auch keine vorbildlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kampf den Werkskonsum-Anstalten!

Wir haben bereits in unserer letzten Nummer über den Kampf gegen die Werkskonsumanstalten geschrieben. Die Opposition hat für den Genossenschaftskampf 1927 in Essen in der Broschüre „Konsumvereine und Klassenkampf“ folgenden Vorschlag über die Werkskonsumanstalten gemacht:

„In Verbindung mit den Berggenossenschaften, Bergportvereinen usw. spielen in letzter Zeit auch wieder die sogenannten Werkskonsumvereine eine größere Rolle. Die Konsumvereine haben heute zum größten Teil den sogenannten Werkskonsumvereinen die zu stellen gegenüber.“

Um eine größere Kampagne gegen die Schädigung der Arbeiterkraft und der Arbeiterkonsumvereine durch die soge-

nannten Werkskonsumanstalten durchzuführen, hält der Genossenschaftskampf in Essen für erforderlich:

1. Durch den Vorstand des J. d. R. eine größere schriftliche Rundfrage über das Bestehen, den Einfluß und das Wirken der Werkskonsumanstalten durchzuführen. Dabei soll u. a. festgestellt werden, wie die Preise der Waren sind, wie die Qualität ist, ob und welchen direkten und indirekten Einfluß die Arbeiter auf die Verwaltung besitzen. — Wie die finanzielle Verfassung der Arbeiter ist, die Bezahlung erfolgt usw. Gleichzeitige soll dabei festgestellt werden, mit welchen Mitteln bisher der Kampf gegen die sogenannten Werkskonsumanstalten geführt wurde.

2. Zur Veranschaulichung einer guten Losart, zur Bekämpfung der verschiedenen Arten der Werkskonsumvereine soll in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ diebestmögliche Material veröffentlicht werden. Die Redaktion ist zu verpflicht-

Reformistische Gewerkschaftsführer über die Unternehmermanieren der Genossenschaftsbürokratie

Im November fand in Weimergrode eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Bäder und Transportarbeiter der Genossenschaften des mitteldeutschen Revolutionsverbandes statt. Hier wurde auch durch Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Anklage gegen die reformistischen Genossenschaftsbürokratie über die Unternehmerrmanieren der Genossenschaftsbürokratie bekräftigt. Nach einem Bericht des Deutschen Revolutionsverbandes, Gau Magdeburg, erklärte Drechler:

„Das bis zum Jahre 1925 ein Reichsstarbvertrag mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bestanden hätte. Der Vertrag sei aber nach Ablauf nicht wieder erneuert. Versuche mit dem Revolutionsverband mitteldeutscher Konsumvereine, zu einem Vertragsverhältnis zu kommen, seien an dem Widerstand der führenden Kollegen des mitteldeutschen Revolutionsverbandes gescheitert. Drechler schloß mit seinen persönlichen Erfahrungen daraus, wie widerwärtig sich die Vorstandsmittelglieder des Revolutionsverbandes benommen hätten.“

Als Vertreter des Bundesverbandes des Deutschen Revolutionsverbandes sprach Werner, Berlin, der u. a. ausführte: „Im Jahre 1924 hätte sich der Genossenschaftskampf in Wien mit der Frage des Weiterbestehens des Reichsstarbvertrages beschäftigt, es sei aber lediglich der Beschluß zustande gekommen, den Tarif zu kündigen, und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, Verschlechterungen einzuführen. Kleinere Differenzen, welche in einzelnen Genossenschaften vorgekommen seien, wären von der Genossenschaft in den Vordergrund gehoben, um den Widerstand eines neuen Reichsstarbvertrages zu verhindern. Nach dem Genossenschaftskampf in Steititz im Jahre 1925 hätte man sich vor die Frage: Vogel, freit über sich. Dabei wären die Streitpunkte, die hauptsächlich in der sogenannten Einstellungsfrage und in der Anerkennung des Tarifes durch alle Vereine bestanden, leicht zu überbrücken gewesen, aber man wollte einfach nicht; ja das Vorstandsmittelglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Genosse Rask, verließ sich zu der ungeheuren Behauptung, die Organisations der Bäder und Transportarbeiter seien tarifunfähig. Dann kam die berühmte Parole des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an die einzelnen Revolutionsverbände, ja seinen Reichsstarb abzuschießen, sondern höchstens Einzelstarb, deren Bestimmungen sich eng an die bestehenden Tarife der privatrechtlichen Betriebe anzuschließen hätten. Sollten sich die Gewerkschaften weigern, solche Tarife zu tätigen, so sollten die gesetzlichen Schlichtungsinstitutionen angerufen werden. Auch dürfte nicht mehr gemeinsam mit den Bädern und Transportarbeitern verhandelt werden. Trotz dieses ungewerkschaftlichen Verhaltens

der Spitzenorganisationen der Konsumvereine sei es gelungen, Reichsstarb abzuschließen. Quers im Rheinland und Westfalen. Zur Zeit seien sechs Reichsstarb zum Abschluß gebracht. Diese unterschieden sich nicht wesentlich von dem alten Reichsstarb, nur in den Bestimmungen über die Auslegung des Paragraphen 616 des BGB. seien kleinere Konzessionen gemacht worden. Kollege Werner schloß dann, auf welche Schwierigkeiten er verfallen bei den Verhandlungen mit dem südwestdeutschen Revolutionsverband gesehen sei. Der Geschäftsführer dieses Verbandes hatte den Schlichtungsanspruch anerkennen, der gefällte Spruch sei von den Gewerkschaften abgelehnt, dann sei die Verbindlichkeitsklärung beantragt, aber das Reichsstarbmittelglied hätte den Spruch nicht für verbindlich erklärt.“

Der Verbandsvorsitzende der Deutscher, Diemer, gab die Erklärung ab, daß der Zustand in Mitteldeutschland untragbar sei. In vielen Fällen beriefen sich die Reformvereine auf den tariflosen Zustand in den Konsumvereinen. Freiber seien die Genossenschaften trotz der tarifunfähigen Tarifverträge gewesen. Immer wieder hätten sie erklärt, daß die Leistungsfähigkeit der Betriebe durch die Tarifverträge gehoben wäre, heute jedoch wehe leiden bei den führenden Männern der Genossenschaftsbürokratie ein reaktionärer Wind.“

Die Vertreter der Opposition waren es, die sowohl auf dem Genossenschaftskampf 1924 in Wien, als auch 1925 in Steititz und 1926 in München gegen diese reaktionäre Politik der reformistischen Genossenschaftsführer auftraten. In allen Konsumvereinen muß bei der rücksichtslosen Kritik dieser „Nationalisierungsmethoden“ die Mitgliedschaft für die Durchführung der Forderungen der Opposition auf dem Genossenschaftskampf 1927 in Essen gewonnen werden:

- Erneuerung des früheren Reichsstarbvertrages;
- Einstellung der Propaganda für die Aufhebung des Reichsstarbvertrages;
- Bekämpfung der Akkordarbeit und der Beschäftigung gegen Umsatzsteuer;
- Bekämpfung der übermäßigen Beschäftigung von Ausbildekräften und Herabsetzung der dauernd notwendigen Arbeitskräfte;
- Abbau der hohen Vorstandsgelöhner und Angleichung der selben an die Gehälter der Zugerhälter.

Reformistischer Redakteur: Edwin Bauer, 11 2 R. Berlin - Steititz; „Rufe-Echo“ 11 2 R. Berlin - Steititz; „Eintracht“ 23 - Steititz; „Vollkraft“, Papier-Druckerei- und Verlagsanstalt - Steititz; „Nationalisierung“-Methoden - Steititz